



**JAHRE JAMAICA IN
SCHLESWIG-HOLSTEIN –
WIR HABEN VIEL ERREICHT.
2017-2022**

**Freie
Demokraten**



Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein **FDP**

**NEUN ABGEORDNETE –
EIN ZIEL:
DAS LAND BEWEGEN.**

„Politik ist Bewegung. Wenn wir nicht auf den ausgetretenen Pfaden ans Ziel kommen, müssen wir andere Wege gehen, Brücken bauen und Wagnisse eingehen. Bürgersinn, Freiheit und Demokratie sind dafür die feste Grundlage.“

Auszug aus dem Vorwort des Koalitionsvertrages

INHALT

| | | | |
|----------------------------------|----|--|----|
| VORWORT | 6 | VERBRAUCHER- UND DATENSCHUTZ/ MINDERHEITEN | 24 |
| KITA UND FAMILIE | 10 | WIRTSCHAFT | 26 |
| BILDUNG | 12 | MIGRATION | 28 |
| HOCHSCHULE | 14 | INNEN UND RECHT | 30 |
| JUGEND/TIERSCHUTZ | 16 | POLIZEI | 32 |
| SOZIALES/START-UPS | 18 | UNSERE FRAKTION | 34 |
| DIGITALISIERUNG/ MEDIEN | 20 | FINANZEN | 36 |
| UNSERE ABGEORDNETEN IM PLENUM | 22 | TOURISMUS | 38 |

VERKEHR

40

WOHNUNGSBAU/
EXTREMISMUS UND
VERFASSUNGSSCHUTZ

42

KOMMUNALES/FRAUEN

44

UNSERE
ABGEORDNETEN VOR ORT

46

SPORT UND E-SPORT

48

GESUNDHEIT

50

LANDWIRTSCHAFT

52

FISCHEREI/
LANDESPLANUNG

54

ENERGIE

56

UMWELT/KLIMASCHUTZ

58

KONTAKT ZU UNSEREN
ABGEORDNETEN

62

EHEMALIGE
FRAKTIONSMITGLIEDER

64

ZAHLEN UND FAKTEN/
IMPRESSUM

66



Hinweis auf Verlinkungen: Weiterführende Informationen finden Sie unter den externen Verlinkungen im Text, den Diagrammen und den QR-Codes auf den Themenseiten.

Das Inhaltsverzeichnis ist intern verlinkt.

VORWORT

Liebe Freundinnen und Freunde liberaler Politik,

im Sommer 2017 haben wir Freie Demokraten ein ganz neues Kapitel für Schleswig-Holstein aufgeschlagen: Gemeinsam mit der CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben wir die erste Jamaika-Koalition Schleswig-Holsteins gebildet. Dieses immer noch recht exotische Koalitionsmodell hat uns seitdem bundesweit viel Aufmerksamkeit beschert – unter anderem aufgrund der insgesamt sehr konstruktiven und stabilen Zusammenarbeit unserer Koalition.

Diese Legislaturperiode war allerdings nicht nur wegen der Zusammensetzung der Koalition außergewöhnlich. Durch die Coronapandemie wurde vor allem die zweite Hälfte der Legislaturperiode zu einer ganz besonderen Herausforderung, wie wir es uns alle wahrscheinlich nie hätten vorstellen können. Diese schwierige Zeit haben wir in Schleswig-Holstein vergleichsweise gut bewältigt. Dies lag auch an der Zusammenarbeit in der Koalition, die sich auch in der Krise bewährt hat. Vor allem hat sich aber gezeigt, wie wichtig eine liberale Regierungsbeteiligung gerade in einer solchen Pandemiebekämpfung ist, um Gesundheitsschutz, Eigenverantwortung und Bürgerrechte verantwortungsvoll im Gleichgewicht zu halten.

Die Legislaturperiode bestand aber natürlich nicht nur aus der Pandemiebekämpfung. Im Gegenteil: Wir haben viel erreicht und geschafft, um unser Land voranzubringen und fit für die Zukunft zu machen. Sei es die Auflösung des Sanierungsstaus unserer Straßen, die große Kita-Reform oder die flächendeckende Verbesserung des Glasfaserausbaus – im ganzen Land ist zu spüren, dass sich mit der Politik der Jamaika-Koalition etwas im Land bewegt. Zum Ende dieser Legislaturperiode möchten wir



Christopher Vogt, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

daher eine Bilanz unserer Arbeit ziehen, was sich in den vergangenen knapp fünf Jahren in Schleswig-Holstein getan hat.

Ich freue mich, Ihnen hiermit einen Überblick über die Aktivitäten der FDP-Landtagsfraktion und das Erreichte geben zu dürfen. Es zeigt, dass wir eine Menge angepackt und das Land vorangebracht haben.

Herzliche Grüße, Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christopher Vogt', written in a cursive style.

Christopher Vogt



Blick von der Kieler Förde auf das Landeshaus Schleswig-Holsteins
mit angrenzenden Landesministerien

KITA UND FAMILIE

BILDUNGSQUALITÄT VON ANFANG AN



Die Kita-Landschaft in Schleswig-Holstein war zu Beginn der Legislatur vor allem eines: unübersichtlich in ihrer Struktur und ihren Regelungen, kleinteilig und ungerecht. Um die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, haben wir diese große Aufgabe angepackt und das Kita-System reformiert.



Deckelung der Elternbeiträge

Ob Eltern ihr Kind in die Betreuung geben können, darf keine Frage des Einkommens sein. Wir haben daher eine landesweite Deckelung der Elternbeiträge vorgenommen und so das teilweise enorme Kostengefälle zwischen den Kitas beendet. Für Familien mit mehreren Kindern gibt es eine Geschwisterermäßigung.

Festsetzung von Mindeststandards bei der Kita-Qualität

Nicht nur die Höhe der Elternbeiträge war landesweit unterschiedlich, auch die Qualität der Einrichtungen schwankte stark. Wir haben einheitliche



und verbindliche Mindeststandards für die Kinderbetreuung festgelegt. So haben wir beispielsweise den Fachkraft-Kind-Schlüssel bei den über Dreijährigen von 1,5 auf 2,0 erhöht. Gleichzeitig darf die Gruppengröße 20, im Ausnahmefall 22, Kinder nicht übersteigen. Dadurch verbessern wir die individuelle Betreuung der Kinder und entlasten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kita-Datenbank gibt Überblick über freie Plätze

Erstmals gibt es umfassende und verlässliche Daten über das schleswig-holsteinische Kita-System. [Wir haben dieses verpflichtende Datentool eingeführt](#), damit die Struktur und Entwicklung in den Kitas und der Kindertagespflege erfasst und passende Maßnahmen ergriffen werden können. Aber auch die Eltern profitieren von der Kita-Datenbank. Anmeldungen können nun online vorgenommen und Informationen über Konzepte oder die Barrierefreiheit können ebenfalls über die Datenbank abgerufen werden.

Verlässlicher Landesanteil bei der Finanzierung

Bei der Finanzierung der Kinderbetreuung haben wir verlässliche Strukturen geschaffen. Der Anteil des Landes ist dabei genauso festgeschrieben wie der von Kommunen und Trägern. Veränderungen in der Kostenstruktur tragen alle Akteurinnen und Akteure verlässlich und anteilig. Neben der Senkung der Elternbeiträge und der Steigerung der Qualitätsstandards konnten gleichzeitig auch die Kommunen finanziell entlastet werden.



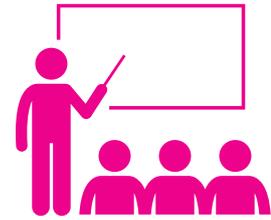
„Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen junge Menschen ermutigen, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen. Aber sie sollen dabei keine Zukunftsängste haben müssen; keine Sorgen, ob die Familiengründung finanziell machbar ist und sie dürfen sich nicht sorgenvoll fragen müssen, ob es gelingt, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Es ist daher eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Gesellschaft, Familien zu unterstützen.“

Anita Klahn, 08.11.2018



BILDUNG

MIT BESTER BILDUNG FAIRE CHANCEN FÜR ALLE



Die schleswig-holsteinische Bildungspolitik in den Jahren vor Jamaika hatte viel Unruhe in die Schulen gebracht, sodass es eine Menge zu tun gab. Uns ist bewusst, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Zusammenhalt eine Frage von Bildung und Teilhabe sind. Deshalb haben wir mit verstärkten Investitionen in die Schulen und der Aufstockung des Lehrpersonals Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unsere Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen gefördert werden und selbstbestimmt die Zukunft gestalten können.



Rückkehr zu G9 und Wiedereinführung von Noten

Wir haben kritisch geprüft, was unter der Küstenkoalition nicht funktioniert hat – und haben es geändert. Es gibt wieder Schularmpfehlungen, um Eltern einen Orientierungspunkt für die schulische Zukunft ihrer Kinder zu geben und wir haben die Noten ab Klasse 3 wieder eingeführt, damit sich die Schülerinnen und Schüler besser einschätzen können. Den Ruf nach dem regulären Abitur nach neun Jahren haben wir gehört und sind zu G9 zurückgekehrt. Gleichzeitig bleibt den Schulen eine Wahlmöglichkeit, das schnellere Abitur anzubieten, wenn sich in der Schulkonferenz eine Dreiviertelmehrheit dafür ausspricht.

Schulen werden zum modernen Lernort

Niemand lernt gut, wenn sanitäre Anlagen unzumutbar sind oder das Lüften unmöglich ist, weil sich die Fenster nicht öffnen lassen. Unsere Schulen mussten und müssen auch weiterhin konsequent saniert und modernisiert werden. Mit unserem Schulbauprogramm haben wir uns auf den Weg gemacht, um den Sanierungsstau im Land zu beheben. Gleichzeitig haben wir unsere Schulen zukunftsfit gemacht: Der Glasfaserausbau wurde energisch vorangetrieben, Schulen wurden ans WLAN angeschlossen und einheitliche Lernmanagementsysteme und Endgeräte für Lehrkräfte wurden angeschafft. Wir haben den Auftakt für die dringend nachzuholende Digitalisierung mit Schwung angepackt.

Gleiche Chancen für alle

Wir tragen die Verantwortung dafür, dass jede und jeder faire Chancen bekommt – unabhängig von den Startvoraussetzungen. Unser Anspruch ist es, alle Talente und Begabungen zu fördern, von der Kita über die Schulen bis zu den Hochschulen. Nur so schaffen wir die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben unserer Kinder sowie den wirtschaftlichen Erfolg unserer Region und der mittelständischen Unternehmen. Mit dem Bildungsbonus unterstützen wir Schulen, die aufgrund des sozialen Umfeldes vor besonderen Herausforderungen stehen. Der Lehrkräftemangel trifft besonders die Grundschulen hart, sodass wir dort die Planstellen aufgestockt und den Beruf des Grundschullehrers durch eine Erhöhung der Besoldungsstufe auf A13 attraktiver gemacht haben. Das zusätzliche Landesprogramm für Endgeräte für bedürftige Schülerinnen und Schüler sorgt dafür, dass bei der Digitalisierung niemand zurück-



stehen muss. [Mit der Gründung des Schleswig-Holsteinischen Institutes für Berufliche Bildung \(SHIBB\) haben wir die Berufsausbildung unter einem Dach gebündelt](#) und können die jungen Leute so zielgerichtet in die passende Ausbildung bringen – beste Voraussetzungen, damit jeder seine Stärken entfalten kann!

Unterricht mit Kompetenzen der Zukunft

Es reicht nicht aus, lediglich WLAN und Glasfaseranschlüsse in die Schulen zu bringen – wir brauchen das Wissen, um die Technologien zu nutzen. Mit der Einführung des Schulfachs

„Wir brauchen einen Digitalpakt 2.0, der eben nicht nur in Technik, sondern vor allem in Fortbildungen, Lernsoftware und IT-Administratoren investiert.“

Anita Klahn, 03.06.2020



Informatik und dem Landeskonzept „Entrepreneurship Education“ werden wir diejenigen Kompetenzen stärken, die zukünftig für alle Lebensbereiche unerlässlich sein werden. Denn nicht nur der Beruf erfordert Informatikkenntnisse, auch unser privater Alltag wird immer digitaler. Zusammen mit der Oberstufenreform, der gezielten Fächervertiefung und der Einführung einer wirksamen Berufsorientierung in den Schulen stellen wir sicher, dass unsere Schulen für die Zukunft gut aufgestellt und der zunehmenden Differenzierung der Berufswelt gewachsen sind. Schule soll unsere Kinder auf den weiteren Lebensweg vorbereiten. Die Vermittlung und der Umgang mit Kompetenzen der Zukunft müssen sich daher im Unterricht wiederfinden.



HOCHSCHULE

FORSCHUNGS- BEDINGUNGEN MIT WEITBLICK



Die Hochschulen in unserem Land sind lange Zeit sehr stiefmütterlich behandelt worden. Dabei haben sie eine enorme Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins. Dass es hier für Jamaika viel zu tun gab, hat einmal mehr die gescheiterte Bewerbung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Exzellenzuniversität gezeigt. Wenn der größten Hochschule des Landes mangelnde internationale Bedeutung und eine unzureichende institutionelle Erneuerungsfähigkeit attestiert werden, dann besteht dringender Handlungsbedarf. Mit unserer Hochschulpolitik unterstützen wir den Prozess hin zu profilierten und innovativen Hochschulen, die mit Forschung und Lehre unser Land gestalten.



Neues Hochschulgesetz stärkt unsere Hochschulen

Wir werden mit der jetzigen neuen Novelle des Hochschulgesetzes einen wichtigen Schritt machen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen schaffen sowie ihre Autonomie stärken. Die Hochschulen können dann autonomer über die Bereiche Bau und Personal entscheiden. Für eine innovative und zukunftsorientierte Hochschullandschaft ist es wichtig,

dass sich jede Hochschule anhand ihrer Stärken weiterentwickeln kann. Die kommende Experimentierklausel sorgt zudem dafür, dass Hochschulen neue Strukturen testen können. Für Studenten wird das Gründungssemester die Möglichkeit bieten, kluge unternehmerische Ideen zu verwirklichen, ohne dass sich das negativ auf die Studiendauer auswirkt. Auch die neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Rahmen des Hochschulpaktes wurden auf jede Hochschule individuell zugeschnitten. So ist gesichert, dass

alle Hochschulen ihre Stärken ausspielen können und gleichzeitig ihre Flexibilität in der Lehre gesichert ist. Wir haben gute Grundlagen geschaffen, die wir in Zukunft weiter ausbauen wollen, damit unsere Hochschulen auch international stärker wahrgenommen werden. Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte lassen sich aber nicht in wenigen Jahren aufholen. Es bleibt viel zu tun und auch das Hochschulgesetz bietet hier noch viel Potenzial, damit unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Zukunftsvertrag mit den Hochschulen geschlossen

Der Fachkräftemangel wird sich in vielen Branchen deutlich verschärfen. Schon heute verzögern sich Bau- und Sanierungsvorhaben enorm, weil es u. a. an qualifizierten Ingenieuren fehlt. Neben der Finanzierung und den langen Genehmigungs-



zeiträumen ist der Fachkräftemangel eines der größten Probleme für die Umsetzung von Projekten. Wir haben daher die beiden neuen Studien-

gänge Bauingenieurwesen und Architektur an der Fachhochschule Kiel geschaffen, die diese Fachkräftelücke schließen sollen. Gleichzeitig haben wir die finanzielle Basisausstattung unserer Hochschulen für die nächsten Jahre angehoben – wir sichern damit die Qualität der Lehre und verbessern die Beschäftigungschancen im Forschungs- und Lehrbetrieb. Auch für die Studienanfänger gibt es eine gute Nachricht: Mit der Studienstarthilfe gibt es einen finanziellen An Schub für einen reibungslosen Studienstart.

Moderne Lehre durch digitale Hochschulen

Die Arbeitswelt unterliegt einem ständigen Wandel. Die Digitalisierung verändert die Lehre, neue Anforderungen an bestehende Berufsbilder erfordern veränderte Lehrstandards und die Akademisierung von Ausbildungsberufen neue Studiengänge. Die Jamaika-Koalition wird mit der Hochschulgesetz-Novelle (HSG-Novelle) auch hier wichtige Punkte aufnehmen: Zum Beispiel können Prüfungen bald reibungsloser und verlässlicher digital durchgeführt und Onlinesemester künftig einfacher angeboten werden. Auch das Zulassungsverfahren für den Studiengang Medizin wird verbessert – und zwar weg von der starren Betrachtung der Note, hin zu praxistauglicheren und flexibleren Auswahlkriterien, die dann eine faire Bewertung für alle Bewerber bedeuten. Auch die Lehrverpflichtung ist neu ausgerichtet worden: Künftig wird auch hier eine größere Flexibilität bei der Aufteilung der Lehre für die Dozenten möglich sein.



JUGEND

BETEILIGUNG AN ENTSCHEIDUNGS- PROZESSEN GESTÄRKT



Kinder und Jugendliche erhalten eine politische Stimme

Die junge Generation interessiert sich nicht nur für Politik, sie macht sich auch für politische Entscheidungen stark. Im Fokus stehen häufig die Schülerdemonstrationen zum Thema Klimaschutz. In vielen Kommunen sind junge Menschen aber auch in Jugendparlamenten vertreten und diskutieren Anliegen wie Bildungs-, Verkehrs-

und Sozialpolitik. Uns ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche früh eine politische Stimme erhalten. Deshalb haben wir das Kinder- und Jugendhilfegesetz geändert und die Interessenvertretung junger Menschen auf der Ebene kommunaler Jugendhilfeausschüsse gestärkt. Dadurch sind die Belange dieser Altersgruppe bei politischen Fragen besser vertreten.



„Im Zweifelsfall steht das Kindeswohl an oberster Stelle, schließlich sind sie diejenigen, die sich am wenigsten selbst schützen können. Artikel 3 der Kinderrechtskonvention der UN sagt hierzu sogar: Das Wohl des Kindes ist ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Dennys Bornhöft, 15.12.2017



TIERSCHUTZ

**FINANZIELLE
SICHERHEIT FÜR
UNSERE TIERHEIME**



Mehr Geld für Tierheime

Spenden sind ein wesentlicher Teil, mit dem sich Tierheime finanzieren. Eine verlässliche Planung ist so aber kaum möglich. Deshalb sind wir zu Beginn der Legislaturperiode in die institutionelle

Förderung der Tierheime eingestiegen, was den Abbau des Investitionsstaus in den Tierheimen fördert. Eine Besonderheit gibt es bei der Aufnahme von Fundtieren. Häufig beenden die Kommunen die Finanzierung der Unterbringung nach 28 Tagen, obwohl das mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften nicht vereinbar ist. Daher hat die Landesregierung auf unsere Initiative hin eine neue Fundtierrichtlinie erarbeitet, damit die Kommunen ihrer rechtlichen Verpflichtung zur Kostenübernahme nachkommen.

„Das Wohlergehen der Tiere darf nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen!“

Annabell Krämer, 21.02.2018



SOZIALES

MEHR BARRIERE-FREIHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Schleswig-Holstein wird noch barrierefreier

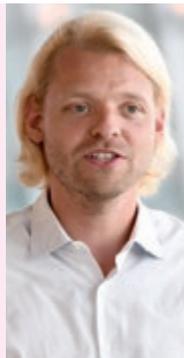
Seit 2019 unterstützen wir mit insgesamt zehn Millionen Euro Maßnahmen und Projekte, die Schleswig-Holstein barrierefreier machen. Das können Umbauten wie Rollstuhlrampen sein, aber auch die finanzielle Unterstützung von Veranstal-



tungen, Projekten und Fortbildungen zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit. Weitere fünf Millionen Euro stehen Kommunen für die Entwicklung inklusiver Sozialräume zur Verfügung. So ermöglichen wir Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben und machen das Thema Barrierefreiheit noch sichtbar. Für den Haushalt 2022 stellen wir zusätzlich

„Jeder Euro, der den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt, der Ungleichbehandlungen abbaut und dadurch den Sozialstaat stützt, ist ein gut investierter Euro.“

Dennys Bornhöft, 28.09.2018



1,2 Millionen Euro für Investitionen zur Schaffung von mehr Barrierefreiheit im Land zur Verfügung.

Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung

Teilhabe ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Mit dem Teilhabestärkungsgesetz haben wir die Partizipationsrechte von Menschen mit Behinderung gestärkt. Unter anderem wird die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen künftig als Interessenvertreterin bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Landesrahmenverträge beteiligt. Diese beinhalten beispielsweise heilpädagogische Leistungen und Leistungen zur Teilhabe an Bildung. Die Interessenvertreterin kann so Einfluss nehmen auf die politischen Entscheidungen, die Menschen mit Behinderung betreffen.

Medikamentenversuche werden aufgearbeitet

Sie sind ein dunkler Fleck unserer Vergangenheit: Die Medikamentenversuche, die zwischen 1945 und 1975 in den schleswig-holsteinischen Einrichtungen der Behindertenhilfe und den Erwachsenen- sowie Kinder- und Jugendpsychiatrien stattgefunden haben. Wir haben begonnen, das Leid und Unrecht dieser Zeit wissenschaftlich aufzuarbeiten. Neben der Zahlung von Entschädigungen und der Unterstützung von Betroffenen haben wir eine öffentliche Plattform geschaffen, damit die Aufarbeitung sichtbar stattfindet.



START-UPS

GRÜNDERGEIST IM NORDEN ENTFACHT



Beste Voraussetzungen für Gründerinnen und Gründer

Wir haben die Grundlage für kreative Unternehmen von morgen geschaffen! Eine der größten Herausforderungen für Gründerinnen und Gründer ist die Beschaffung von Risikokapital. In den vergangenen vier Jahren haben wir daher das Volumen des Seed-und-Start-up-Fonds von zwölf auf 23 Millionen Euro nahezu verdoppelt.



Damit fördern wir Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und aus Unternehmen sowie innovative Neugründungen. Mit der Ausarbeitung einer Strategie zur Förderung von Social Innovation und Social Entrepreneurship gehen wir dabei auch auf neue Trends und Entwicklungen ein. Zudem unterstützen wir die Gründerszene unter anderem durch Beratungs-

„Wer gute Ideen hat, soll nicht nur ermutigt, sondern aktiv dabei unterstützt werden, den Schritt der Umsetzung auch zu wagen.“

Dennys Bornhöft, 19.11.2020

Start-ups: Entwicklung der Gründungstätigkeit

Bundesland-Ranking der Gründungstätigkeit

| | RANG NEU | △ | RANG ALT |
|------------------------|----------|---|----------|
| Berlin | 1 | • | 1 |
| Hamburg | 2 | ▲ | 3 |
| Schleswig-Holstein | 3 | ▲ | 10 |
| Bayern | 4 | • | 4 |
| Brandenburg | 5 | ▼ | 2 |
| Baden-Württemberg | 6 | • | 6 |
| Niedersachsen | 7 | ▼ | 5 |
| Hessen | 8 | • | 8 |
| Sachsen | 9 | ▲ | 11 |
| Nordrhein-Westfalen | 10 | ▼ | 7 |
| Thüringen | 11 | ▲ | 14 |
| Saarland | 12 | ▲ | 13 |
| Rheinland-Pfalz | 13 | ▼ | 9 |
| Sachsen-Anhalt | 14 | ▼ | 12 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 15 | • | 15 |
| Bremen | 16 | • | 16 |

Platzierung gemäß der Anzahl an Gründungen je 10.000 Erwerbsfähige in den Zeiträumen 2018–2020 (Rang neu) und 2017–2019 (Rang alt).

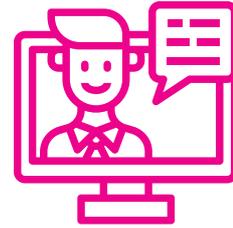
Quelle: KfW-Gründungsmonitor.

angebote, Wettbewerbe und Start-up-Camps, um neue Erfahrungen zu sammeln und Netzwerke aufzubauen. Mit Programmen wie #WEstartup SH oder Frau & Beruf haben wir dabei auch besonders Gründerinnen im Blick.



DIGITALISIERUNG

FIT FÜR DIE ZUKUNFT



Schleswig-Holstein belegt Spitzenplatz beim Glasfaserausbau

Schleswig-Holstein soll digitales Vorzeigeland werden. Deshalb haben wir den Glasfaserausbau so konsequent vorangetrieben, dass wir im bundesweiten Vergleich der Flächenländer Spitzenreiter beim Breitbandausbau sind.

„Unser Land muss – auch im internationalen Vergleich – in die digitale Champions League, nicht in die zweite oder gar dritte Liga.“

Stephan Holowaty, 23.09.2021



Ummeldung oder die Online-Beantragung des Personalausweises sind mancherorts mittlerweile keine Fiktion mehr, sondern Realität. Mit der Gründung des IT-Verbundes SH (ITV.SH) unterstützen wir zudem die Kommunen bei der digitalen Transformation.

Staatliches Handeln wird transparent

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sollen Regierungshandeln nachvollziehen können. Im Open-Data-Gesetz haben wir festgeschrieben, dass die Daten der öffentlichen Hand transparent und öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Damit stärken wir das Vertrauen in politisches Handeln.

Die Verwaltung wird digital

Wir müssen das digitale Netz jetzt nutzen, um digitale Prozesse zu etablieren. Mit dem Digitalisierungsgesetz haben wir einen Rahmen geschaffen, der die Hürden bei der Digitalisierung der Verwaltung abbaut. Die Online-



Digitaler Wandel durch Künstliche Intelligenz



Ohne Künstliche Intelligenz (KI) ist der digitale Wandel der Zukunft nicht möglich. Wir haben daher eine KI-Strategie aufgelegt, um effiziente und sichere Prozesse in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu etablieren.



MEDIEN

DIE REFORM IST AUF DEN WEG GEBRACHT



Rundfunkbeitrag steigt nicht automatisch

Wir haben eine Indexierung und damit die automatische Erhöhung des Rundfunkbeitrages verhindert. Schleswig-Holstein hat auf Veranlassung der FDP-Fraktion gegen entsprechende Pläne der Länder ein Veto eingelegt. Damit ist sichergestellt, dass der Finanzbedarf zur Erfüllung des

„Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden zu wenig Grenzen gesetzt.“

Jan Marcus Rossa, 24.06.2021



Rundfunkauftrages auch in Zukunft kritisch überprüft wird, um eine Über- oder Unterfinanzierung der Rundfunkanstalten auszuschließen.

Reform von Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angestoßen

Steigende Rundfunkgebühren bedrohen auf lange Sicht die Medienvielfalt und damit auch die Medienfreiheit selbst. Denn je höher der Rundfunkbeitrag, desto weniger Geld steht den Menschen für andere Medien zur Verfügung. Eine Senkung der Rundfunkbeiträge wird es aber nur geben, wenn Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reformiert werden. Diese Reformpflicht wurde bereits in den Medienstaatsvertrag aufgenommen und die Länder haben mit der Novellierung begonnen. Wir werden diesen Prozess eng begleiten, damit eine Konzentration der Aufgaben auf den Kernauftrag erreicht wird. Dies hat dann unmittelbare Auswirkungen auf die künftige Struktur.



UNSERE ABGEORDNETEN IM PLENUM





VERBAUCHER- UND DATENSCHUTZ

SELBSTBESTIMMUNG UND TRANSPARENZ



Keine generelle Überwachung von Bürgern

Die Digitalisierung ist auch eine Herausforderung für den Datenschutz. Technisch wäre eine vollständige Überwachung möglich, politisch hat der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor staatlichen Befugnissen hohe Priorität für uns. Wir haben uns daher vehement gegen jegliche Form des Staatstrojaners im Polizeigesetz aus-

gesprochen und dies auch erfolgreich durchgesetzt. Unser Polizeirecht sichert die Handlungsfähigkeit unserer Polizei und wahrt gleichzeitig die Bürgerrechte. Mit der Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes haben wir außerdem dafür gesorgt, dass die Verwaltung den Datenschutzvorgaben der EU entspricht und eine unabhängige Stelle deren Einhaltung überwacht. Wir freuen uns, dass wir die Datenschutzbeauftragte für den weiteren Einsatz für den unabhängigen Datenschutz in unserem Land gewinnen konnten. Mit der Aufstockung der Mittel für die Verbraucherschutzzentrale ist auch der Verbraucherschutz in den letzten Jahren nicht zu kurz gekommen.

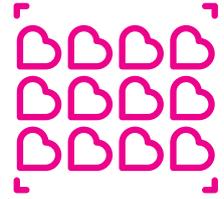
„Wir stehen für den mündigen Verbraucher, der seine eigenen Entscheidungen trifft.“

Stephan Holowaty, 27.09.2019



MINDERHEITEN

SCHUTZ UND FÖRDERUNG FÜR NATIONALE MINDERHEITEN



Minderheiten werden gefördert

Minderheiten sind eine Bereicherung für unser Land, vor allem in sprachlicher und kultureller Hinsicht. Deshalb fördern wir die nationalen Minderheiten der Deutschen Sinti und Roma, der Friesen und Dänen in Schleswig-Holstein sowie der deutschen Nordschleswiger in Dänemark.

„Minderheiten können eine Bereicherung sein. Dafür muss die Mehrheitsbevölkerung diese Bereicherung auch zulassen.“

Kay Richert, 07.03.2019



Denn die Finanzierung kultureller und administrativer Vorhaben ist gerade für kleinere Minderheiten oft herausfordernd. Es ist deswegen ein toller Erfolg für die friesische Minderheit, dass nach langer Planung nun endlich die Friesenstiftung aus der Taufe gehoben wurde. Sie verwaltet die Gelder und Zuschüsse der friesischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein. Seit 2018 gibt es mit „Paul än Emma snaake frasch“ endlich ein Schulbuch für den Unterricht in der friesischen Sprache. Und auch die mehrsprachige Beschriftung von Orts- und Straßenschildern macht die friesische Kultur wieder sichtbarer.



WIRTSCHAFT

BÜROKRATIEABBAU UND STRATEGISCHE FÖRDERUNG



Wir fördern den Mittelstand

Wir haben Schleswig-Holstein mittelstandsfreundlicher gemacht. Es gibt heute einen Mittelstandsbeirat, um den Meinungs- und Wissensaustausch über mittelstandsrelevante Themen zu fördern. Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und wir haben deshalb gerade in der Coronapandemie zahlreichen Betrieben und Selbständi-

„Wir haben das Vergaberecht modern, mittelstandsfreundlich und praktikabel gemacht [...] Wir haben das alte TTG überwunden und ein modernes, mittelstandsfreundliches und anwendbares Vergabegesetz geschaffen.“

Kay Richert, 05.09.2018



gen mit unkomplizierten Landesprogrammen wie dem Mittelstandssicherungsfonds Hilfen gewährt und Förderlücken bei den Bundesmitteln geschlossen. Mehrfach haben wir uns erfolgreich beim Bund für Nachbesserungen der Hilfsprogramme für die Wirtschaft eingesetzt.

Einfacher Staat – Bürokratieabbau für unsere Wirtschaft

Wir haben das Tariftreue- und Vergabegesetz durch ein einfaches Vergabegesetz ersetzt. Damit können auch wieder Betriebe ohne Rechtsabteilung an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen und kostengünstiger Angebote abgeben. Vergabefremde Kriterien, wie insbesondere der Landesmindestlohn, sind in Schleswig-Holstein Geschichte. Solche Regelungen haben nicht zu sozialen Verbesserungen, sondern ausschließlich für eine kostenintensive Bürokratie gesorgt.

Wir entwickeln den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein

Mit einer planvollen Industrie- und einer Ansiedlungsstrategie schaffen wir interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze für qualifizierte Fachkräfte. Der Fokus liegt auf den Stärken unseres Landes: Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Digitale Wirtschaft, Maschinenbau, Erneuerbare Energien und Ernährungsindustrie. Außerdem haben wir natürlich auch für das Land wichtige Branchen wie die maritime Wirtschaft oder die Bahnindustrie im Blick. Den Innovations- und Forschungsstandort Schleswig-Holstein haben wir gestärkt. Wir haben die steuerliche Förderung von Forschungsvorhaben durch unsere Initiative beim Bund verbessert. Forschung wird dadurch für kleinere Unternehmen erschwinglich und der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft wird gefördert. Wir stärken zudem das Auslands- und Standortmarketing mit dem Northern Germany Innovation Office in San Francisco, um Schleswig-Holstein auch für Unternehmensansiedlungen aus dem Ausland attraktiv zu machen.

Wir fördern Fachkräfte und Unternehmertum

Die Fachkräfteinitiative des Landes haben wir neu ausgerichtet. Mit nun klaren Strukturen und konkreten Schwerpunkten stärken wir die berufliche Aus- und Weiterbildung. Eine frühzeitige und hochqualitative Berufsorientierung stellt die Interessen und Fähigkeiten der Menschen in den Mittelpunkt und hilft so, die Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer passgenau für neue Trends und den digitalen Wandel fit zu machen. Die Bereiche Pflege, Handwerk und Tourismus, die für Schleswig-Holstein gesellschaftlich und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, stehen im Mittelpunkt. Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist gut für alle. Die meist jungen



Menschen bekommen durch einen Beruf eine Perspektive und die Betriebe bekommen motivierte Mitarbeiter. Wir haben daher insbesondere für eine Stärkung von Sprachförderung, Beratungsangeboten (z. B. „Alle an Bord!“) und gezielten Maßnahmen für geflüchtete Frauen („HAYATI“) gesorgt. Wir fördern Unternehmergeist und haben eine Meistergründungsprämie eingeführt, um Handwerksmeisterinnen und -meister bei ihrem Traum vom eigenen Betrieb zu unterstützen. Mehr als 400 bewilligte Anträge zeigen den Erfolg dieser Maßnahme.



MIGRATION

INTEGRATION FÖRDERN UND FORDERN



Wir nehmen die humanitäre Verantwortung ernst

Es steht außer Frage, dass Menschen in Not schnell und unbürokratisch geholfen werden muss. Deshalb haben wir in Schleswig-Holstein stets als eines der ersten Bundesländer Flüchtlinge aufgenommen, die schnelle und unbürokratische humanitäre Hilfe benötigt haben. So geschehen nach dem Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria und nach dem plötzlichen Rückzug der NATO aus Afghanistan. Mit dem Landesaufnahmeprogramm helfen wir überobligatorisch be-

sonders schutzbedürftigen Menschen in Ägypten, insbesondere Frauen und Kindern, die traumatisierende Gewalt erlebt haben. Wir nehmen die humanitäre Verantwortung, die wir in der Flüchtlingspolitik haben, sehr ernst.

Erfolgreiche Zuwanderungspolitik

Haupthandlungsfeld der Flüchtlingspolitik bleiben Aufnahme und Integration von schutzsuchenden Menschen. Mit unserem Integrations- und Teilhabegesetz haben wir die Integration in allen

„Es ist unsolidarisch, wenn Länder wie Griechenland, Italien oder Spanien die Hauptlast der Migration in Europa tragen müssen. Wir brauchen mehr Solidarität unter den Mitgliedsstaaten, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa geht und wir brauchen endlich ein einheitliches Flüchtlingsrecht für Europa.“

Jan Marcus Rossa, 23.09.2020



Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gesetzlich verankert. Gleichzeitig haben wir einen Anspruch auf Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund festgeschrieben. Eine erfolgreiche Zuwanderungspolitik setzt voraus, dass wir gute An-



gebote machen und den Menschen Chancen für eine Zukunft in Deutschland eröffnen. Das bedeutet aber auch, dass diese sich in unsere Gesellschaft eingliedern wollen und unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie anerkennen.

Wir brauchen Fachkräfte aus dem Ausland

Zuwanderung kann eine Lösung für den Fachkräftemangel sein. Mit dem Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge haben wir eine Zentralstelle für die Einwanderung von Fachkräften geschaffen. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen den Unternehmen, die händierend Fachkräfte suchen, und Zuwanderern mit den entsprechenden Fachkenntnissen.

Rückführungsmanagement ist Teil der Flüchtlingspolitik

Man darf nicht die Augen davor verschließen, dass Menschen in unser Land kommen, die aus unterschiedlichsten Gründen kein Bleiberecht haben. Die meisten dieser Menschen reisen nach Aufforderung freiwillig aus. Es gibt aber vereinzelt Fälle, die sich mehrfach und hartnäckig ihrer Ausreisepflicht entziehen und untertauchen. Wenn Ausreisearreize und Aufforderungen keinen Erfolg haben, muss der Staat als letztes Mittel Recht durchsetzen können. Aus diesem Grund haben wir die Abschiebehafteinrichtung in Glücksburg errichtet.

„Wer in diesem Land leben will, hat die Grundwerte des Rechtsstaates und der Demokratie unseres Landes anzuerkennen.“

Jan Marcus Rossa, 16.06.2021

Aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus

Beim Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus darf es nicht bei gut gemeinten Worten bleiben. Wir haben Taten folgen lassen und einen Aktionsplan aufgelegt. Dieser ermöglicht, ressortübergreifend Maßnahmen zu planen und umzusetzen, um möglichst frühzeitig gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen.



INNEN UND RECHT

FÜR SICHERHEIT UND FREIHEIT



Unsere Innen- und Rechtspolitik folgte stets dem Grundsatz, dass der Rechtsstaat Sicherheit und Freiheit garantieren muss und nicht Freiheiten nehmen darf. Wir haben dort gehandelt, wo diese Kernziele in Bedrängnis geraten sind, und wir haben uns auch gerade in der Coronapandemie dafür eingesetzt, dass bei allem Schutzbedürfnis die Freiheitsrechte in die Abwägung einbezogen wurden.



Mehr Personal für den Justizvollzug

Wir haben eine Personalbedarfsanalyse für den Justizvollzug angestoßen, da es eine eindeutige Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Haftanstalten gab. Aus dieser Analyse ist auf unser Betreiben eine Strategie entwickelt worden, wie das erforderliche Personal gewon-

„Es gibt für den Justizvollzug eine Personalstrategie, die tragfähig scheint, um die Herausforderungen der kommenden Jahre bewältigen zu können.“

Jan Marcus Rossa, 28.01.2021



nen werden kann. Nur mit einer guten Personalausstattung kann die Resozialisierungsarbeit mit den Gefangenen gelingen.

Gestärkter Opferschutz

Bei der Resozialisierung von Straftätern dürfen die Opfer nicht vergessen werden. Dies haben wir im Resozialisierungs- und Opferschutzgesetz insofern geregelt, dass wir die Bereiche der ambulanten Sozialen Dienste neu organisiert und gleichzeitig eine verbindliche Opferorientierung eingeführt haben.

Online-Glücksspiel – legalisiert und kontrolliert möglich

Schleswig-Holstein hat das Glücksspielrecht reformiert – und nun sind auch die anderen Bundes-

länder gefolgt. Seit 2021 ist der neue und einheitliche Glücksspielstaatsvertrag in Kraft. Illegales Online-Glücksspiel ist weiterhin verboten. Legale Anbieter werden künftig deutschlandweit streng

„Suchtprävention und Suchthilfen können nur effektiv sein, wenn wir wissen, wo Suchtgefahren lauern, und wenn wir individuelle Suchtrisiken beim Spieler selbst frühzeitig erkennen können. Das erfordert aber eine Kanalisierung des Online-Glücksspiels und eine strenge staatliche Kontrolle, die nur beim legalen Glücksspiel gewährleistet ist. [...] Im legalen Glücksspiel kann der Staat [jedoch] Gefährdungen einzelner viel früher erkennen und diesen Gefahren mit präventiven und reaktiven Schutzmaßnahmen begegnen.“

Jan Marcus Rossa, 19.05.2021

kontrolliert. Maßnahmen zur Suchtprävention und -hilfe schaffen die Voraussetzung, dass auf Gefahren des Online-Glücksspiels gezielt reagiert werden kann.

Klare Regeln für den Einsatz von V-Leuten

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur „Rocker-Affäre“ hat eines aufgedeckt: Es muss klare Regeln für den Einsatz von V-Leuten der Polizei geben. Zum einen muss die Anonymität von V-Leuten gewährleistet sein, denn sie gehen ein enorm hohes persönliches Risiko ein. Zum anderen brauchen verdeckte Ermittlungs-

methoden zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger klare Regeln und Grenzen, die wir nun im neuen Polizeigesetz regeln.

Funktionsfähigkeit des Parlaments in Notlagen gesichert

Die Coronapandemie hat unser Staatswesen besonders auf den Prüfstand gestellt und aufgezeigt, wo Handlungsbedarf besteht. Es darf nicht sein, dass eine Pandemie den Gesetzgeber handlungsunfähig macht. Deshalb hat Schleswig-Holstein in seiner Verfassung Verfah-

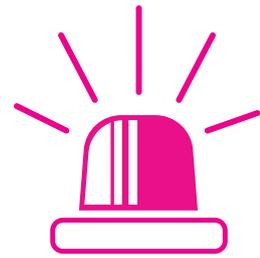


rensregelungen geschaffen, die die Handlungsfähigkeit des Parlaments in Notlagen sicherstellen. Als erstes Bundesland haben wir auch die Möglichkeit hybrider Parlamentssitzungen und Beschlussfassungen möglich gemacht. Zugleich haben wir die Rechte der Abgeordneten dadurch geschützt, dass diese in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren die Zulässigkeit von Beschlussfassungen in Notlagen durch das Landesverfassungsgericht prüfen lassen können.



POLIZEI

WIR INVESTIEREN IN UNSERE INNERE SICHERHEIT



Attraktive Polizei

Unsere Landespolizei leistet professionelle und erfolgreiche Arbeit. Damit der Polizeiberuf attraktiv bleibt, haben wir die Rahmenbedingungen verbessert, indem wir in die Ausstattung und in die Fahrzeugflotte der Polizei investiert haben. Mit dem Pilotprojekt „Ultramobile Polizeiarbeit in Schleswig-Holstein“ haben wir, im Sinne der Arbeiterleichterung, die Polizeiarbeit auf Streife an moderne Technologien angepasst. Wir haben die Vergütung der Polizeikräfte

„Zu dem tief empfundenen Respekt für das Berufsbild der Polizistin bzw. des Polizisten gehört auch, dass wir sie vor Einflüssen schützen, die ihnen und ihrer Reputation schaden können.“

Jörg Hansen, 09.12.2020



erhöht und die Aufstiegs- und Beförderungsregeln angepasst. Zudem haben wir die Familienfreundlichkeit des Polizeiberufes verbessert. Im Zuge der Coronapandemie haben wir dafür gesorgt, dass eine Erkrankung an Corona als Dienstunfall anerkannt werden kann, da unsere Polizeikräfte im Einsatz einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind.

500 neue Stellen geschaffen

Unsere Landespolizei ist bürgernah und effizient. Damit das so bleibt, haben wir erreicht, dass bis zum Jahr 2023 500 neue Stellen geschaffen werden. Gleichzeitig ist es uns gelungen, auf den Wegfall von Polizeistellen zu verzichten. Damit haben wir einen deutlich höheren Personalbestand gesichert, als im Koalitionsvertrag vereinbart. Außerdem haben wir die Schließung kleinerer Polizeistationen der Vorgängerregierung rückgängig gemacht und so den Rückzug der Polizeistationen aus der Fläche verhindert.

Abteilung für Internetkriminalität gestärkt

Die Kriminalität im Internet nimmt zu, sodass wir die Polizeiarbeit in diesem Bereich verstärkt haben. Das Landeskriminalamt wurde dafür mit 20 zusätzlichen Stellen ausgestattet und es wurde ein „Kompetenzzentrum digitale Spuren“ aufgebaut.

Neues Polizeigesetz für mehr Rechtssicherheit

Wir haben ein modernes Polizeigesetz geschaffen, das den Interessen der Polizei gerecht wird und gleichzeitig die Bürgerrechte wahrt. Die Polizeikräfte erhalten Handlungs- und Rechtssicherheit beispielsweise für den Umgang mit

„Wir schaffen [...] Rechts- und Handlungssicherheit für die Polizistinnen und Polizisten und schützen in gleichem Maße die Bürgerinnen und Bürger vor ungerechtfertigter Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheitsrechte.“

Jörg Hansen, 26.02.2021

Gefährdern und den Einsatz von sogenannten Tasern. Eine Verschärfung der Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz von Trojanern zur Überwachung von elektronischen Geräten haben wir dagegen verhindert, da sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte darstellen.



Respektkampagne für Blaulichtkräfte

Die Kräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen sind regelmäßig Anfeindungen und Misstrauen ausgesetzt. Wir stärken ihnen den Rücken, indem wir eine Respektkampagne auf den Weg gebracht haben. Denn neben sachlichen Verbesserungen ist die Wertschätzung der Arbeit ein



wichtiger Faktor für die Attraktivität der Berufsfelder. Im Rahmen der Kampagne soll es u. a. Informationsangebote an Schulen geben und Präventionskonzepte sollen entwickelt sowie Angriffe auf Einsatzkräfte aufgearbeitet werden.





v. l. Stephan Holowaty, Jan Marcus Rossa, Anita Klahn, Kay Richert, Christopher Vogt, Jörg Hansen, Annabell Krämer, Oliver Kumbartzky und Dennys Bornhöft

FINANZEN

**FÜR EINE FAIRE
BALANCE ZWISCHEN
BÜRGER UND STAAT**



Eine Politik, die rechnen kann

Wir stehen für eine Politik, die rechnen kann, und für finanzielle Nachhaltigkeit, die die zukünftigen Generationen nicht im Übermaß belastet. Im Rahmen der Finanz- und Haushaltsberatungen lag unser Fokus daher stets auf Haushaltsdisziplin und Generationengerechtigkeit.

Investitionsquote liegt bei zehn Prozent

Wir haben erreicht, was andere stets für unmöglich gehalten haben – nämlich eine Investitionsquote von mehr als zehn Prozent, die wir über die gesamte Legislatur hinweg gehalten haben. So konnten wir die erforderlichen Mittel für den

„Es wäre aber auch fatal gewesen, in der Krise die Investitionen herunterzufahren. Wir müssen alles tun, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beleben. Diese braucht jetzt möglichst wenige Belastungen und möglichst hohe Investitionen.“

Christopher Vogt, 15.12.2021



Abbau des Sanierungsstaus zur Verfügung stellen. Wir haben verlässlich in unsere Landesstraßen, Bildung, Innere Sicherheit, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheitsversorgung investiert.

Großer Wurf beim Kommunalen Finanzausgleich (KFA) gelungen

Ein wirklich großer Sprung ist uns auch mit der umfassenden Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches gelungen. Wir haben die Kommunen finanziell in die Lage versetzt, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dazu gehört

„Jamaika stärkt [...] die Kommunalfinanzen nachhaltig – und das ganz unabhängig von Corona!“

Annabell Krämer, 08.05.2020



insbesondere die Abschaffung der Schulkosten- deckelung. Das führt dazu, dass Schulkosten- träger nun die entstehenden Kosten für Kinder anderer Gemeinden umfänglich erstattet bekommen. Uns Freien Demokraten lag insbesondere die Unterstützung von Gemeinden am Herzen, die ein Lehrschwimmbecken unterhalten. Es ist ein Gebot der Fairness, dass Kommunen, die gebiets- übergreifend Leistungen zur Verfügung stellen und dabei das Land bei seinem Bildungsauftrag „Schwimmen“ unterstützen, anteilig finanziell ent- lastet werden. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass kommunale Schwimmstätten mit 7,5 Millio- nen Euro jährlich strukturell unterstützt werden.

Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanz- ausgleiches haben wir zudem den jährlichen Vorwegabzug für Infrastruktur signifikant erhöht, sodass es den Kommunen flächendeckend mög- lich ist, auf die Erhebung von Straßenausbaubei- trägen zu verzichten.

Restriktiver Umgang mit Notkrediten

Mit Beginn der Coronapandemie sind die Grund- sätze „Haushaltsdisziplin“ und „Generationen- gerechtigkeit“ umso wichtiger geworden. Die Pandemie hat uns in finanzieller Hinsicht viel abverlangt. Für Steuerausfälle und um die Maß- nahmen des Infrastrukturmodernisierungspro- grammes Schleswig-Holstein (IMPULS) als not- wendige Bedarfe abzusichern, haben wir die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten be- schlossen. Es war uns dabei aber wichtig, dass zukünftige strukturelle Mehreinnahmen zwingend zu einer Reduzierung dieser Kreditermächtigun- gen führen. Der restriktive Umgang mit den Not- krediten ist unser Verdienst. Es war und ist uns ein Kernanliegen, dass die Notkredite nur für klar definierte Zwecke unter strenger Zweckbindung erteilt werden und dass die Kreditermächtigung erlischt, sobald der Zweck erfüllt oder weggefal- len ist. Wir haben verhindert, dass die zusätzli- chen Notkredite als Puffer für zweckfremde Maß- nahmen dienen konnten, denn die ohnehin schon große finanzielle Last durch die Folgen der Pandemie tragen unsere nachfolgenden Genera- tionen und diese sollen nicht über Gebühr belastet werden.



TOURISMUS

DER NORDEN IST BELIEBTER ALS JE ZUVOR



Als Land zwischen den Meeren hat der Tourismus für Schleswig-Holstein eine ganz besondere Bedeutung. Die Branche ist ein wichtiger Arbeitgeber und leistet einen nennenswerten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Landes.



Schaffung eines Tourismusministeriums

Mit uns hat der Tourismus daher einen neuen Stellenwert erhalten. Das spiegelt sich schon in der neuen Namensänderung des Wirtschaftsministeriums wider. Dort ist der Tourismus jetzt mit einem „eigenen T“ vertreten: MWVATT.

Etat für das Tourismus- marketing verdoppelt

Schleswig-Holstein ist ein attraktiver Urlaubsort – das müssen wir auch den Menschen außerhalb des Landes zeigen. Wir haben daher den Etat für das Tourismusmarketing kontinuierlich erhöht, sodass wir die Mittel in unserer Regierungszeit mehr als verdoppeln konnten.

Wir fördern den Binnenlandtourismus

Um herauszufinden, wo die Potenziale und Chancen im schleswig-holsteinischen Tourismus liegen, haben wir die Tourismusstrategie evaluiert. Einer der neuen Schwerpunkte ist dabei die Förderung des Binnenlandtourismus, der in den letzten Jahren eine wesentlich stärkere Beachtung gefunden hat. Das Binnenland mit seinen zahlreichen Facetten profitiert dabei auch von der konsequenten Verbesserung der Infrastruktur des Landes, sei es bei den Straßen, Radwegen, im Schienenverkehr oder beim Breitbandausbau.

Wir investieren in touristische Projekte

Um unser Land für Urlauber attraktiver zu machen, unterstützen wir touristische Projekte

mit vielfältigen Förderprogrammen. Neben der klassischen touristischen Infrastruktur, beispielsweise der Seebrücke in Grömitz, investieren wir in Neu- und Ausbauprojekten kleiner und mittelständischer Beherbergungsbetriebe, Weiterbildungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Erhaltung von Natur- und Kulturerbe. Dadurch stellt sich das Land im Tourismussektor noch breiter auf.

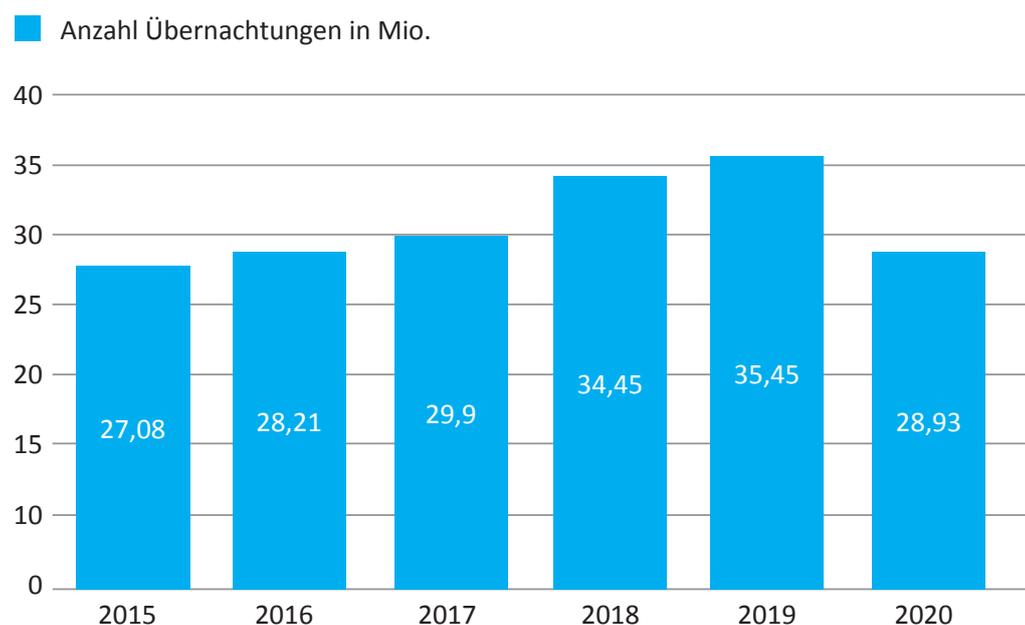
Wir helfen in der Krise

Die Coronapandemie und die zeitweiligen Schließungen stellten die Beherbergungs- und

Gastronomiebetriebe im Land auf eine harte Probe. Wir haben die Branche aber nicht allein gelassen und unter anderem frühzeitig mit dem Mittelstandssicherungsfonds Finanzierungsmöglichkeiten zu besonders attraktiven Konditionen geschaffen. Mit wissenschaftlich begleiteten Modellprojekten haben wir zudem nachgewiesen, wie Tourismus in Pandemiezeiten verantwortungsvoll stattfinden kann. Dadurch haben wir es ermöglicht, dass Schleswig-Holstein den Tourismus als erstes Bundesland wieder zum Laufen bringen konnte.



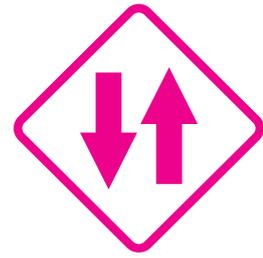
Entwicklung Übernachtungszahlen in Schleswig-Holstein



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

VERKEHR

FREIE FAHRT AUF ALLEN VERKEHRSWEGEN



Unsere Straßen – unsere Lebensadern

Wir haben den Landesbetrieb Verkehr entlastet und ihn so wieder handlungsfähig gemacht. Verkehrspolitisch kümmern wir uns verstärkt um die Sanierung unserer Landesstraßen und wir unterstützen die Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf Kreis- und Kommunalebene. Wir haben hierdurch jährlich über 90 Millionen Euro in unser Landesstraßennetz investiert und fördern die Kreise und Kommunen mit einem erheblichen Finanzbedarf. Darüber hinaus haben wir durch

„Viele, viele Kilometer Schlaglöcher, Flicker, abgebrochene Straßenränder, Wurzelauftürme und Absenkungen gehören schon der Vergangenheit an.“

Kay Richter, 28.01.2021



die Umverteilung von Aufgaben dafür gesorgt, dass im Landesbetrieb Verkehr PlanungsKapazitäten für wichtige Verkehrsprojekte wie den Ausbau der B5 frei werden.

Umweltschutz durch Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs

Wir haben wichtige Maßnahmen im Bahnverkehr aufgegleist: Taktverbesserungen zwischen Hamburg und Lübeck sowie auf der S 21, Reaktivierungen stillgelegter Strecken, Baubeginn der S 4 Ost, Planungen zum Bau einer S 4 West, Ausstattung der Regionalzüge mit WLAN. Auch auf der gebeutelten Marschbahn gibt es Bewegung: Die Elektrifizierung der Marschbahn wird als zentrales Schieneninfrastrukturprojekt jetzt mit allen verfügbaren Mitteln vom Land angegangen und vorangebracht. Durch unseren engagierten Einsatz hat die Deutsche Bahn zudem eine Investitionsoffensive vorgezogen und der zweigleisige Ausbau

zwischen Niebüll und Klanxbüll wurde endlich in den vordringlichen Bedarf hochgestuft. Mit über 50 neuen Akku-Triebwagen werden zahlreiche Dieselloks abgelöst und der Bahnverkehr im Land wird dadurch schneller, komfortabler und sauberer. Mit dem Jobticket haben wir zudem ein attraktives Angebot für alle Pendler im Land geschaffen. Mit einem Zuschuss vom Arbeitgeber sowie den Verkehrsunternehmen gibt es einen Rabatt auf die Monatskarte von bis zu 50 Euro.

Auszubildende und Freiwilligendienstleistende haben noch günstigere Sondertarife. Mit der Einführung des landesweiten Semestertickets können Studierende den Nahverkehr im Land jetzt einfacher nutzen und bis in die Hamburger Innenstadt fahren. Dies stärkt auch die Attraktivität des Hochschulstandortes Schleswig-Holstein.

Wir fördern alternative Verkehrskonzepte

Ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept für unser Land muss alle Verkehrsmittel im Blick haben. Wir stärken daher den Radverkehr mit zusätzlichen 35 Millionen Euro. [Für die Umsetzung unserer Radstrategie](#), mit der wir neben

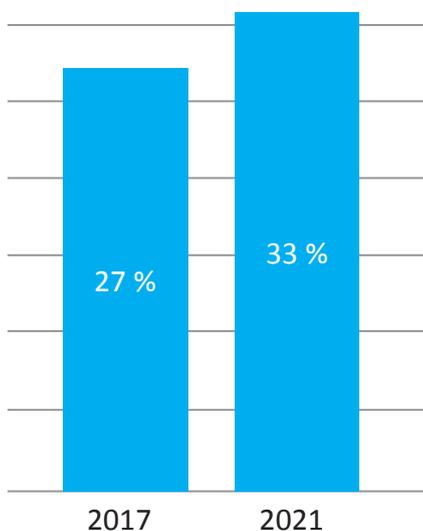


der Radinfrastruktur auch die Radverkehrssicherheit verbessern und den Radtourismus stärken, stehen 25 Millionen Euro zur Verfügung und die Kommunen erhalten 20 Millionen Euro für den Bau kommunaler Radwege. Zudem werden bei der Sanierung der Landesstraßen auch die angrenzenden Radwege erneuert.



Landesstraßenanteil in sehr gutem Zustand

Sanierte Landesstraßen von 2018 bis einschließlich 2021: 400 km. Sanierte Radwege von 2018 bis einschließlich 2021: 200 km



Quelle: MWVATT (Umdruck 19/6335)

WOHNUNGSBAU

RAHMEN- BEDINGUNGEN VERBESSERT



In zahlreichen Regionen Schleswig-Holsteins steigt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Dieses Problem haben wir erkannt und für die Wohnungswirtschaft Rahmenbedingungen geschaffen, um den Wohnungsbau anzuregen.

Abbau von Investitionshemmnissen

Wir haben die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung als Scheininstrumente zur Regelung für bezahlbaren Wohnraum auslaufen lassen. Sie haben sich sowohl als ungeeignet erwiesen als auch als investitionshemmend. Trotz dieser Deregulierung ist die Entwicklung der Mietpreise bei Neuvermietungen seither unterdurchschnittlich gewesen.

Bürokratische Hürden abgebaut

Mit der Novellierung der Landesbauordnung haben wir die Schaffung von Wohnraum erleichtert und bürokratische Hürden abgebaut.

Der wichtigste Baustein ist dabei die Aufstockung von Gebäuden und der Ausbau von Dachgeschossen gewesen. Um die Kosten einer Nachverdichtung zu begrenzen, haben wir zudem die Möglichkeit geschaffen, sich von der Fahrstuhlspflicht befreien zu lassen. Zudem haben wir die

„Mit mehr Wohnraum können wir auf Instrumente wie die Mietpreisbremse oder die Kappungsgrenzenverordnung verzichten, die sich in der Vergangenheit weitgehend als wirkungslos erwiesen haben.“

Jan Marcus Rossa, 15.05.2019



Genehmigungsfreistellung erweitert. Das führt zu einer Beschleunigung der Verfahren und begünstigt die Schaffung von neuem Wohnraum.

Soziale Wohnraumförderung

Eine Folge der Privatisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft ist auch in Schleswig-Holstein ein dramatischer Rückgang von Sozialwohnungen gewesen. Wir haben uns erfolgreich für eine Verbesserung der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt. Wir haben eine Experimentierklausel eingeführt, die es erlaubt, sogenannte Fehlbelegungen auszugleichen, indem der Vermieter eine Sozialbindung auf eine andere, bisher freie Wohnung überträgt. Zudem wird die Überprüfung der ordnungsgemäßen Belegung durch die Kommunen verbessert.



EXTREMISMUS UND VERFASSUNGSSCHUTZ

GEGEN JEDE FORM VON EXTREMISMUS



Der Verfassungsschutz wurde gestärkt

Extremisten verlagern ihre Aktivitäten zunehmend ins Internet. Das erhöht den Überwachungsaufwand für unsere Sicherheitsbehörden erheblich. Der Verfassungsschutz ist eine wichtige Säule unseres Rechtsstaates, der auf

die aktuellen Herausforderungen reagieren können muss. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass Personal aufgestockt wird, damit extremistische Gefahren, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen, frühzeitig erkannt werden.



„In einem freien Land wie unserem sind andere Meinungen zu tolerieren und notfalls auch zu ertragen. In einer zivilisierten, aufgeklärten Gesellschaft sind Meinungsverschiedenheiten mit Worten und Argumenten auszutragen. Gewalt bis hin zum Mord sind keine Instrumente eines Meinungsdiskurses, auch nicht in religiösen Grundfragen.“

Jan Marcus Rossa, 20.11.2020

KOMMUNALES

DIGITAL ZU MEHR FREIRÄUMEN



Großes Kommunalpaket aufgelegt

Wir haben die Kommunen mit dem 2018 beschlossenen Kommunalpaket auskömmlich finanziell entlastet, damit sie ihrer Aufgabe der Daseinsfürsorge in den Bereichen Kita, Infrastruktur, Schulbau und Sportstätten, aber auch Integration und Digitalisierung gerecht werden können. Wir haben sie darüber hinaus aber auch auf dem Weg aus der Verschuldung finanziell unterstützt.

Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleiches

Wir haben mit der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleiches 64 Millionen Euro für die kommunale Infrastruktur auf den Weg gebracht. Damit haben wir dafür gesorgt, dass eigentlich kein Bürger mehr Straßenausbaubeiträge zahlen müsste. Jetzt ist es nur noch der politische Wille der einzelnen Gemeinden, die Straßenausbaubeiträge endlich abzuschaffen.

„Wir erhöhen die Widerstandsfähigkeit der gesamten kommunalen Selbstverwaltung, indem wir die Möglichkeit der Durchführung von Sitzungen per Videokonferenz schaffen.“

Stephan Holowaty, 17.06.2020



Handlungsfähige Kommunalvertretungen auch in Krisenzeiten

In Krisenzeiten spricht man häufig von der Stunde der Exekutive. Die Coronapandemie hat in ihrem Ausmaß unsere Demokratie auf den Prüfstand gestellt. Die umfangreichen Diskussionen um die Einschränkungen von



Freiheitsrechten haben uns noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig auch und gerade in der Krise handlungsfähige demokratische Gremien auf allen Ebenen sind. Mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Durchführung der kommunalen Sitzungen in Form von Videokonferenzen haben wir in Schleswig-Holstein unsere Entscheidungsträger unter vollumfänglicher Beachtung von Infektions- und Gesundheitsschutz wieder handlungsfähig gemacht. Vor allem aber haben wir damit Rechtssicherheit für unsere schleswig-holsteinischen Kommunen bei der Sitzungsdurchführung geschaffen. Eine Vielzahl der schleswig-holsteinischen Kommunen hat auf dieser Grundlage während der Pandemie digital getagt und diese Chance der Digitalisierung ergriffen.



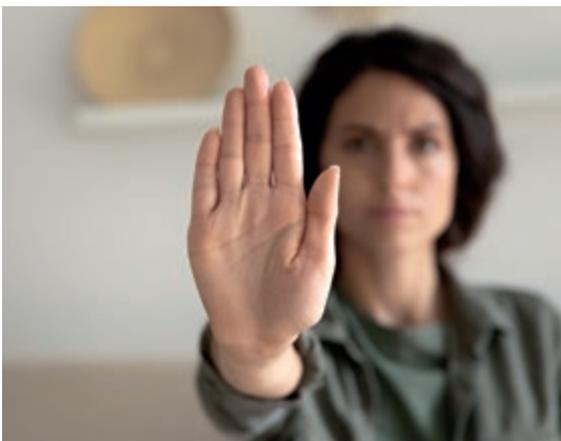
FRAUEN

**SCHUTZRÄUME
FÜR EIN SELBST-
BESTIMMTES LEBEN**



**Umsetzung der
Istanbul-Konvention**

Der Schutz von Frauen und ihren Kindern vor Gewalt ist ein Kernanliegen im Jamaika-Koalitionsvertrag. Mit Inkrafttreten der Istanbul-Konvention 2018 in Deutschland haben auch wir in Schleswig-Holstein umgehend mit der Umsetzung begonnen. In Kooperation mit Facheinrichtungen, Verwaltung, Justiz, Vereinen und Verbänden haben wir zunächst analysiert, wie es um das Schutzangebot für Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt bestellt ist. Auf dieser Grundlage sollten zielgerichtete und geeignete Maßnahmen für weitere Verbesserungen unseres derzeitigen Hilfesystems im Land aufgebaut werden. Der Abschlussbericht zur Bedarfsanalyse des Hilfeangebotes für gewaltbetroffene Frauen



in Schleswig-Holstein wurde daraufhin Anfang 2021 veröffentlicht und wird uns als Arbeitsgrundlage dienen, die Situation von gewaltbetroffenen Frauen im Land weiter zu verbessern.

Mehr Frauenhausplätze geschaffen

Parallel zur Erarbeitung der Bedarfsanalyse wurden 30 zusätzliche Frauenhausplätze für die Jahre 2019 und 2020 geschaffen, die zur



Hälfte vom Land und zur anderen Hälfte von den Kommunen finanziert werden. Damit haben wir der seit Jahren anhaltend hohen Auslastung der Frauenhäuser entgegengewirkt.

Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse fanden zudem Eingang in die Novelle des Finanzausgleiches (FAG). Hier wurde vereinbart, die 30 zusätzlichen Frauenhausplätze zu verstetigen. Zudem wurden die FAG-Förderung der Frauenhäuser und -beratungsstellen von 5,6 auf 7,5 Millionen Euro gesteigert und eine jährliche Kostendynamisierung von 2,5 Prozent vereinbart.



UNSERE ABGEORDNETEN VOR ORT





SPORT UND E-SPORT

ZUKUNFTSPLAN BRINGT BEWEGUNG



Wir bringen den Sport nach vorn

Mit dem landesweiten Sportentwicklungsplan haben wir zu Beginn der Wahlperiode eine Bestandsaufnahme über den Sport in Schleswig-Holstein gemacht. Er hat 118 Handlungsbedarfe aufgedeckt, die wir in den „Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein“ haben einfließen lassen. Der Sport und seine Vereine übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, sei es bei der Integration, der Gewaltprävention oder der Bildung. Damit Schleswig-Holstein zum Sportland Nummer eins wird, haben wir eine jährliche Fördersumme von zehn Millionen Euro gesetzlich verankert.

Sanierung der kommunalen Sportstätten

Der Sanierungsstau bei den kommunalen Sportstätten war hoch. Deshalb haben wir gezielt Förderprogramme aufgelegt, damit die Kommunen ihre Sportinfrastruktur erhalten oder ausbauen können. Denn die Vereinsarbeit gerade im Jugendbereich ist von unschätzbarem Wert für unser Zusammenleben, sodass diese Investitionen notwendig und wichtig waren.

Unterstützung von regional und überregional bedeutenden Sportstätten

Wir fördern nicht nur den Breitensport, auch der Profisport kämpft mit veralteten Anlagen.

„Mit dem Sportentwicklungsplan haben wir einen entscheidenden Wegweiser zur Sportentwicklung an die Hand bekommen. Vollkommen zu Recht wird er als Meilenstein auf dem Weg zum Sportland Schleswig-Holstein bezeichnet.“

Jörg Hansen, 29.10.2020



Mit sieben Millionen Euro haben wir daher den Ausbau des Holstein-Stadions in Kiel gefördert. Darüber hinaus standen acht Millionen Euro für weitere Anlagen zur Verfügung.

„Ich will, dass wir unsere Talente in Schleswig-Holstein halten und ihnen etwas bieten können.“

Jörg Hansen, 24.09.2021

E-Sport wird Teil der Sportlandschaft

Wir sagen: E-Sport ist Sport. Als erstes Bundesland haben wir daher kommunale E-Sport-Einrichtungen finanziell unterstützt. Diese bieten E-Sport-Angebote unter professioneller, sport-

licher und medienpädagogischer Begleitung an. Das hat insgesamt zu einer besseren Integration des E-Sportes in die klassische Welt des Sportes beigetragen.

Unterstützung der Sportvereine in der Coronakrise

Die Coronapandemie hat vielen Sportvereinen geschadet. Wir haben frühzeitig den Druck auf den Bund erhöht, damit unsere Vereine Soforthilfen erhalten. Aber auch wir in Schleswig-Holstein haben ein Sport-Soforthilfe-Programm aufgelegt und den Vereinen schnelle finanzielle Hilfen angeboten. Dieses Programm wurde mehrfach erweitert.



GESUNDHEIT

GESUNDHEITSVER- SORGUNG UND PFLEGE ZUKUNFTS- FÄHIG MACHEN



Eine zentrale Aufgabe unserer Gesundheitspolitik war und ist es, die flächendeckende Versorgung mit guten medizinischen und pflegerischen Leistungen im Land sicherzustellen. Eine der größten Herausforderungen in diesem Bereich ist der Fachkräftemangel und der bundesweite Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir haben Voraussetzungen geschaffen, damit sich mehr qualifizierte und engagierte Kräfte für Pflege- und Gesundheitsberufe in Schleswig-Holstein interessieren.



Schulgeld für Gesundheitsfachberufe abgeschafft

Wer Schulgeld für seine Ausbildung bezahlen muss, wird sich häufig gegen den Berufszweig entscheiden. Weil wir aber fähige junge Menschen in den Gesundheitsfachberufen brauchen, haben wir das Schulgeld für Azubis abgeschafft. Damit haben wir eine große Hürde abgebaut und Ausbildungsberufe wie Physiotherapie oder Logopädie attraktiver gemacht.

Pflege braucht Wertschätzung

Wir wollen menschenwürdige Pflege sicherstellen. Deshalb haben wir 2020 die Imagekampagne „Echte Pflege. Im echten Norden“ gestartet. Pflegekräfte brauchen nicht nur Wertschätzung, aber Anerkennung ist ein Baustein zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes. Gleichzeitig erreicht die Kampagne interessierte Menschen und zeigt Perspektiven innerhalb des Pflegeberufes auf.

„Dass tausende Pflegekräfte ihren Erholungsurlaub damit verbringen, gegen die Körperschaft, die prinzipiell für die Vertretung ihrer Interessen geschaffen wurde, immer wieder auf die Straße zu gehen, konnte die Landespolitik nicht nur zur Kenntnis nehmen. Eine Interessensvertretung kann nur funktionieren, wenn sie die Mehrheit der Mitglieder auch hinter sich weiß.“

Dennys Bornhöft, 19.05.2021



Pflegekammer wurde aufgelöst

Wir haben eine Urabstimmung über die Zukunft der Pflegeberufekammer veranlasst. Denn nicht der politische Wille sollte entscheiden, sondern die betroffenen Pflegekräfte selbst. Mit großer Beteiligung und überwältigender Mehrheit haben sich die Mitglieder Anfang 2021 für die Auflösung der Kammer ausgesprochen. Wir sind dem demokratischen Willen gefolgt. Der Pflegeberuf



muss attraktiver werden, aber das erreichen wir nicht durch Zwangsmitgliedschaft in einer Kammer, die die Beteiligten nicht wollen. Neben Maßnahmen zur Sicherung von Fachkräften haben wir auch strukturelle Verbesserungen in der medizinischen Versorgung vorangebracht.

Medizinische Grundversorgung in der Fläche

Mit dem Versorgungssicherungsfonds fördern wir zahlreiche innovative Konzepte, damit die medizinische Grundversorgung gerade im ländlichen Raum gesichert und erhalten werden

kann. Denn diese soll nicht nur hochwertig und bedarfsgerecht sein, sondern auch wohnortnah. Deshalb sind Telemedizinangebote, spezielle Langzeitnachsorgeangebote für Kinder

„Es gibt viele Möglichkeiten, den Rettungsdienst auszugestalten. Oberste Priorität hat hierbei aber immer die schnelle und professionelle Hilfe vor Ort. Diesen hohen Ansprüchen genügen wir in Schleswig-Holstein und darauf können wir stolz, aber vor allem den Beschäftigten im Rettungsdienst vor Ort ausdrücklich dankbar sein.“

Dennys Bornhöft, 19.02.2020

und Jugendliche nach einer Krebserkrankung und autonome ambulante Pflegeteams dank unserer Gesundheitspolitik keine Zukunftsvision mehr, sondern längst Realität.

Wir entwickeln die stationäre Versorgung weiter

Die stationäre Versorgung an den 92 Klinikstandorten erhält mit dem ersten Landeskrankenhausesgesetz für Schleswig-Holstein endlich ein Fundament zur Qualitätssicherung und Zukunftsgestaltung. Die mehr als 600.000 Patientinnen und Patienten, die jedes Jahr in einem der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser behandelt werden, sollen die bestmögliche Versorgung erhalten. Das haben wir auf den Weg gebracht.



LANDWIRTSCHAFT

ZUKUNFTS- ORIENTIERT UND WIRTSCHAFTLICH STARK



Beteiligung der Landwirte

Wer das Land ernährt, verdient Respekt, Verlässlichkeit und einen Platz im Dialogprozess „Zukunft der Landwirtschaft“, den wir ins Leben gerufen haben. Uns ist wichtig, dass die Landwirte in die politischen Prozesse, die ihre Arbeit betreffen, einbezogen werden. Denn nur sie können die diskutierten Maßnahmen einem Praxischeck unterziehen. Statt immer weitergehende und wirkungslose Auflagen brauchen wir sinnvolle und wirksame Maßnahmen, die zu mehr Tierwohl und einer Landwirtschaft im Einklang von Ökonomie und Ökologie führen.

„Die Landwirtschaft braucht Wertschätzung, Wertschöpfung und verbindliche, planbare Rahmenbedingungen.“

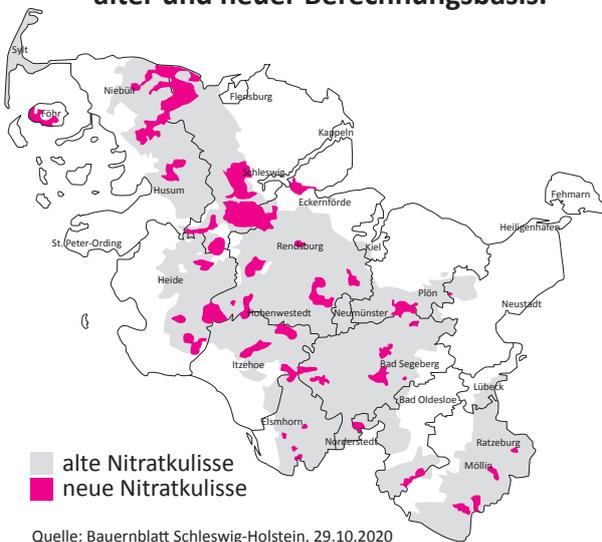
Oliver Kumbartzky, 10.06.2021



Praxisnahe Regelungen geschaffen

Das Höfesterben darf sich nicht fortsetzen. Gleichzeitig erlebt die Landwirtschaft derzeit einen einschneidenden Wandel, den die Familienbetriebe bewältigen müssen. Wir unterstützen die Landwirte auf diesem Weg, indem wir sie von Bürokratie und unsinnigen Vorgaben entlasten. So haben wir dafür gesorgt, dass die Landesdüngeverordnung den Nitrat-eintrag auf den Flächen differenzierter ausweist, sodass die Gebiete, in denen die harten Maßnahmen der Düngeverordnung des Bundes pauschal gegriffen hätten, um ca. 80 Prozent reduziert wurden. Eine zentrale Rolle spielt hier auch die besondere Beratung der Landwirte und Vertragsnaturschutzprogramme. Um die Beratung zu stärken, haben wir die Landwirtschaftskammer finanziell abgesichert. Auch die Verbraucherbildung ist ein zentrales Element. Durch das neu aufgelegte Projekt

Nitratkulisse in Schleswig-Holstein nach alter und neuer Berechnungsbasis.



alte Nitratkulisse
neue Nitratkulisse

Quelle: Bauernblatt Schleswig-Holstein, 29.10.2020
Artikel: „Schmerzhafter Nitratspagat“ von Dr. Robert Quakernack

„Schulklassen auf dem Bauernhof“ können schon die Jüngsten Einblicke in die moderne Landwirtschaft gewinnen.

Mehr Wald für den echten Norden

Waldschutz ist Klimaschutz und bleibt gerade im waldärmsten Bundesland eine große Aufgabe. Wir halten an dem Ziel fest, dass der Waldanteil auf zwölf Prozent der Landesfläche erhöht werden soll. Mit dem neuen Förderprogramm zur Neuwaldbildung haben wir attraktive Voraussetzungen

„Holz bindet CO₂, Wälder dienen als CO₂-Senke, die Aufforstung der Wälder ist effektiver Klimaschutz.“

Oliver Kumbartzky, 18.06.2020

gen für mehr Wald geschaffen. Zudem haben wir die Landesforsten deutlich gestärkt und auch dort Finanzmittel zur Neuwaldbildung bereitgestellt.

Höherer Schutz für Jäger und Jagdhunde

Schleswig-Holstein hat im bundesweiten Vergleich den höchsten Anteil an Jägerinnen und Jägern in Bezug auf die Bevölkerung. Das ist deshalb erfreulich, weil sie bei der Pflege unserer Natur und dem Schutz der Arten eine wichtige Rolle

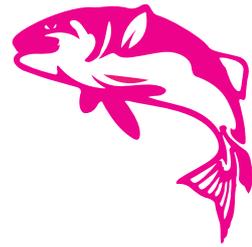


einnehmen. Sie sorgen für kontrollierte und somit gesunde Tierbestände. Um die Sicherheit und Gesundheit der Jäger und auch der Jagdhunde zu verbessern, haben wir die Jagd mit Schalldämpfern erlaubt. Zudem haben wir Mittel für die Sanierung der Schwerpunktschießstände bereitgestellt.



FISCHEREI

STRUKTURWANDEL AKTIV GESTALTEN



Fischerei im Spannungsfeld zwischen Tradition und Bedrohung

Im Land zwischen den Meeren ist die Fischerei nicht nur eine Tradition, sondern auch der Beruf von zahlreichen Menschen. Doch seit einigen Jahren sind viele Fischbestände bedroht – zum einen durch den Einfluss des Klimawandels und zum anderen durch die Überfischung. Damit sich die Bestände erholen und die Fischerei eine

„Fischkutter mit Netzen sowie Angelkutter mit Handangeln gehören zu Schleswig-Holstein seit langer Zeit dazu.“

Dennys Bornhöft, 29.10.2021



„Catch and Release ist nicht gleichzusetzen mit ‚Trophäenfischerei‘, bei der Fische häufig minutenlang außerhalb des Wassers zur Schau gestellt werden.“

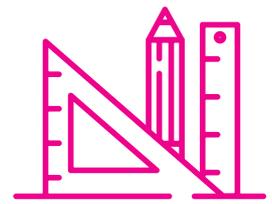
Dennys Bornhöft, 22.02.2018

Zukunft hat, haben wir mögliche Risikofaktoren für die Arten im Meer identifiziert. So gibt es beispielsweise Wasserkraftanlagen, die sich problematisch auf die Fischwanderung auswirken. Hier werden jetzt Verbesserungen vorgenommen. Zudem haben wir das Landesfischereigesetz geändert und das Tötungsgebot von Fischen oberhalb der Mindestgröße abgeschafft. Das Fangen und Zurücksetzen von Fischen, das sogenannte „Catch and Release“ haben wir wieder erlaubt.



LANDESPLANUNG

**FÜR DIE HERAUS-
FORDERUNGEN VON
MORGEN GERÜSTET**



Intelligent und flexibel wachsen

Die Ausweisung von Wohnraum, die Ansiedlung von Gewerbeflächen – für die Entwicklung unseres Landes bedarf es eines Landesentwicklungsplanes, der auf die Besonderheiten des Landes Rücksicht nimmt und die Möglichkeit eröffnet, dass zukünftige Entwicklungspotenziale genutzt werden können. Dies haben wir geschafft. Unser fortgeschriebener Landesentwicklungsplan flexibilisiert den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen, sodass die Gemeinden wieder mehr Wohnraum schaffen können. Gleiches gilt für die Ausweisung von Gewerbeflächen. Da niemand weiß, welche innovativen Entwicklungsansätze die Zukunft bringt, beinhaltet unser Landesentwicklungsplan eine „Experimentierklausel“. Die Digitalisierung oder die Mobilitätswende wird Einfluss haben auf die Entwicklung von Kommunen. Die Experimentierklausel lässt die Anpassung von Plänen und kreative Ideen zu,

„Die Experimentierklausel bereichert die Landesplanung um einen hohen Grad an Flexibilität.“

Oliver Kumbartzky, 27.10.2021



denn ein pauschales „Geht nicht“ soll es mit uns nicht geben.

Feste Fehmarnbeltquerung – Achse der Chancen

Die Anbindung Schleswig-Holsteins an die Feste Fehmarnbeltquerung bietet enorme Chancen für die Entwicklung unseres Landes. Deshalb haben wir die Achse zwischen Puttgarden und Hamburg im Landesentwicklungsplan besonders hervor-

gehoben. Schon heute ist die Nachfrage von Unternehmen nach Standorten entlang der Achse groß, sodass wir für ausreichend Gewerbeflächen sorgen werden. Eine

Datenbank wird Interessenten einen Überblick über die freien Flächen geben.

Wir haben eine attraktive Entwicklung von Gewerbeflächen auf den Weg gebracht, die nicht an kommunalen Grenzen endet.



ENERGIE

**INNOVATIV UND
MIT SYSTEM**



Die Erneuerbaren Energien sind in Schleswig-Holstein zu Hause. Um auch weiterhin Vorreiter zu sein, setzen wir uns für kluge und innovative Technologien ein und schaffen so die Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende.



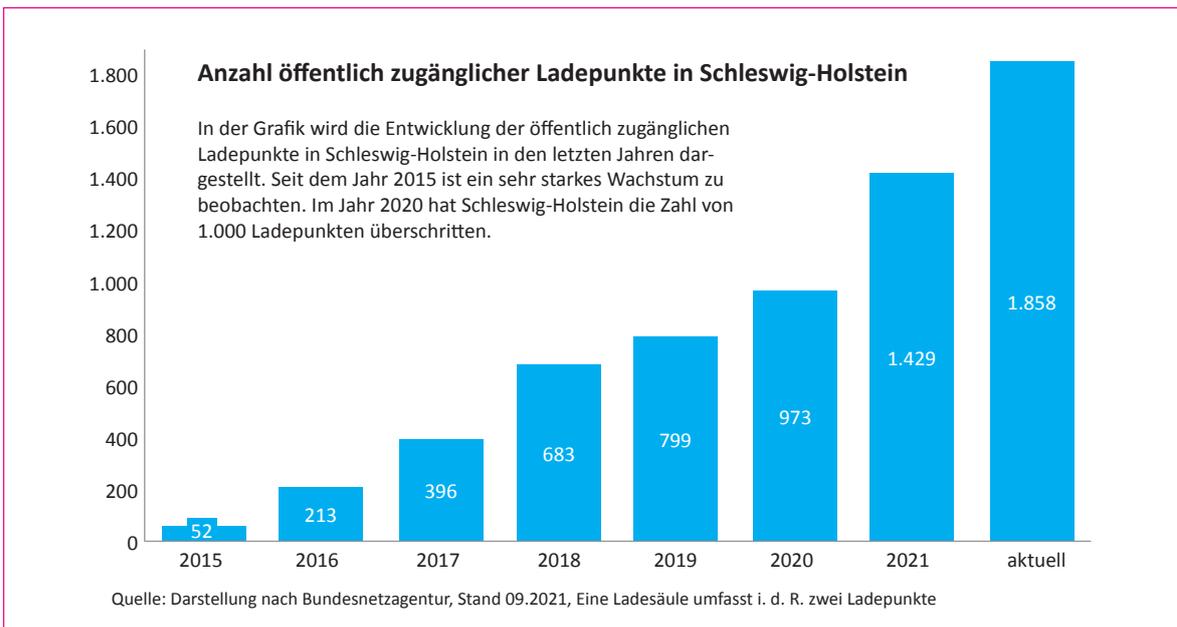
„Es war goldrichtig und gerade für die Akzeptanz wichtig, dass Jamaika bei den Kriterien zur Windenergie nachgebessert und die Planungen modifiziert fortgeführt hat.“

Oliver Kumbartzky, 24.11.2021



**Planungssicherheit beim
Windkraftausbau**

Wir haben in der Jamaika-Koalition zunächst die Regionalpläne Wind überarbeitet und in Kraft gesetzt, damit endlich ein abgewogener und planbarer Ausbau der Windkraft stattfinden kann. Kriterien haben wir angepasst und die Abstände zur Wohnbebauung vergrößert. Die Öffentlich-



keit wurde an dem Prozess intensiv beteiligt und es wird eine unabhängige Clearingstelle Wind eingerichtet, die Bürgerinnen und Bürger beraten und bei Konflikten moderieren und vermitteln soll. Transparenz ist ein zentraler Baustein, um eine größtmögliche Akzeptanz der Bevölkerung beim Windkraftausbau zu erreichen. Über den Bundesrat haben wir uns für einen verstärkten Ausbau der Offshore-Windenergie eingesetzt.

Netzausbau und Sektorenkopplung vorangetrieben

Gleichzeitig haben wir den Netzausbau vorangetrieben, damit der hier produzierte Wind- und Solarstrom eingespeist werden und abfließen kann. Wir haben uns zudem wiederholt im Bundesrat für die Abschaffung von bürokratischen Hemmnissen eingesetzt, um die Sektoren

Elektrizität, Wärmeversorgung, Verkehr und Industrie zu koppeln, Energiespeicher wirtschaftlich attraktiv zu machen und neue Technologien voranzubringen.

Mobilität – technologieoffen und klimaneutral

Mit der Elektromobilitätsstrategie treiben wir u. a. den Ausbau von Ladestationen voran. Für das Gelingen der Mobilitätswende setzen wir allerdings nicht nur auf Strom, sondern auf Technologieoffenheit. Das bedeutet, dass wir auch E-Fuels und Wasserstoff als alternative Treibstoffe voranbringen, indem wir u. a. eine Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht haben.



UMWELT

**SCHUTZ UND
BEWIRTSCHAFTUNG
ZUSAMMEN DENKEN**



**Umweltschutz mit Sinn
und Verstand**

Unser zentrales Anliegen ist, dass sich die Ökosysteme erholen und wir den nachfolgenden Generationen eine gesunde Umwelt hinterlassen.

„Kiten, Surfen, Segeln und Stand-Up-Paddling gehören zu Schleswig-Holstein wie der Sand am Meer.“

Dennys Bornhöft, 08.03.2021

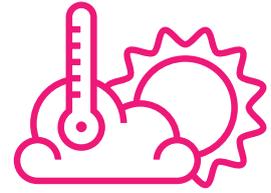


Deshalb haben wir mit der Biodiversitätsstrategie und dem Bodenschutzprogramm in einem breit aufgelegten Dialog Ziele und Maßnahmen für sinnvollen Umweltschutz entwickelt. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass schädliche Verfahren wie das umwelttoxische Fracking in Schleswig-Holstein praktisch unmöglich werden. Es ist außerdem auch unser Erfolg, dass stark einschränkende und sinnlose Umweltmaßnahmen gekippt wurden. So haben wir beispielsweise das generelle Kite- und Surfverbot wieder abgeschafft.



KLIMASCHUTZ

KLIMASCHUTZ IST DAS ZIEL, INNOVATION DER WEG



Ziele und Maßnahmen für Klimaschutz definiert

Das bisher wohl weitreichendste Problem der Menschheit im 21. Jahrhundert ist der menschengemachte Klimawandel. Die Folgen werden immer offensichtlicher, extreme Wetterereignisse nehmen auch hier bei uns zu. Es steht außer Frage, dass wir handeln müssen. Mit der Novellierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes haben wir jüngst die Reduktionsziele der Treibhausgasemissionen verschärft und eine Treibhausgasneutralität für das Jahr 2045 definiert. Wir haben zudem dafür gesorgt, dass

„Die Nachbesserungen beim Energiewende- und Klimaschutzgesetz sind ein guter Beitrag Schleswig-Holsteins hin auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045.“

Oliver Kumbartzky, 05.10.2021



das Land mit gutem Beispiel vorangeht: Bis 2040 soll die Wärme- und Stromversorgung der Landesliegenschaften CO₂-frei sein.





Das Landeshaus in Kiel bei Nacht,
mit Sicht auf den Plenarsaal

KONTAKT ZU UNSEREN ABGEORDNETEN



Christopher Vogt

Vorsitzender, Sprecher für
Wissenschaft und Hochschule

Tel.: 0431 988 1481

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
christopher-vogt](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/christopher-vogt)

 [christopher.vogt.mdl](https://www.facebook.com/christopher.vogt.mdl)

 [christopher.vogt](https://www.instagram.com/christopher.vogt)

 [@c_vogt](https://twitter.com/c_vogt)

Anita Klahn

Stellvertretende Vorsitzende,
Sprecherin für Bildung, Familie, Kultur,
Frauen, Gleichstellung und Kita

Tel.: 0431 988 1486

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
anita-klahn](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/anita-klahn)

 [anita.klahn](https://www.facebook.com/anita.klahn)

 [anitaklahn](https://www.instagram.com/anitaklahn)



Annabell Krämer

Sprecherin für Haushalt, Finanzen
und Tourismus

Tel.: 0431 988 1482

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
annabell-kraemer](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/annabell-kraemer)

 [annabell.kraemer](https://www.facebook.com/annabell.kraemer)

 [annabell.kraemer](https://www.instagram.com/annabell.kraemer)

 [@KramerAnnabell](https://twitter.com/KramerAnnabell)



Stephan Holowaty

Sprecher für Europa, Kommunales,
Digitales, Verbraucherschutz und
Norddeutsche Kooperation

Tel.: 0431 988 1492

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
stephan-holowaty](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/stephan-holowaty)

 [StephanHolowatyMdl](https://www.facebook.com/StephanHolowatyMdl)

 [stephanholowaty](https://www.instagram.com/stephanholowaty)

 [@StephanHolowaty](https://twitter.com/StephanHolowaty)





Oliver Kumbartzky

Parlamentarischer Geschäftsführer,
Sprecher für Landwirtschaft, Jagd,
Energie und Landesplanung

Tel.: 0431 988 1658

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
oliver-kumbartzky](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/oliver-kumbartzky)

[oliver.kumbartzky](#)

[oliver.kumbartzky](#)

[@Kumbartzky](#)

Kay Richert

Sprecher für Wirtschaft, Arbeitsmarkt,
Verkehr und Minderheiten

Tel.: 0431 988 1491

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
kay-richert](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/kay-richert)

[kay.richert.fdp](#)

[kayrichert](#)



Dennys Bornhöft

Sprecher für Soziales, Gesundheit, Sucht,
Jugend, Queer, Umwelt, Klimaschutz,
Tierschutz, Fischerei und Start-ups

Tel.: 0431 988 1493

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
dennys-bornhoeft](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/dennys-bornhoeft)

[DABornhoeft](#)

[dabornhoeft](#)

[@DABornhoeft](#)



Jörg Hansen

Sprecher für Polizei, Sport, E-Sport,
Senioren und Petitionen

Tel.: 0431 988 1485

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
joerg-hansen](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/joerg-hansen)

[joerg.hansen](#)

[joerg_hansen_md](#)

[@jorg_hansen](#)



Jan Marcus Rossa

Sprecher für Innen, Recht, Migration,
Medien, Wohnungsbau, Religion und
Extremismus/Verfassungsschutz

Tel.: 0431 988 1499

[www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/
jan-marcus-rossa](http://www.fdp-fraktion-sh.de/mdl/jan-marcus-rossa)

[jan.marcus.rossa](#)

[@marcus_rossa](#)

EHEMALIGE FRAKTIONSMITGLIEDER

Dr. Heiner Garg

Nach der Landtagswahl am 7. Mai 2017 zog Dr. Heiner Garg über die Landesliste erneut in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein. Die neue FDP-Fraktion mit insgesamt neun Abgeordneten konstituierte sich am 9. Mai 2017 und wählte Heiner Garg zum Parlamentarischen Geschäftsführer – dieses Amt hatte er bereits in der 18. Wahlperiode inne. Als Verhandlungsführer der FDP hatte er eine entscheidende Rolle bei den Koalitionsverhandlungen mit den Vertretern von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen inne.

Mit Unterzeichnung des Koalitionsvertrages wurde er am 28. Juni 2017 zum Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren ernannt. Sein Landtagsmandat behielt er zunächst. Nachfolger als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion wurde Christopher Vogt. Am 15. Dezember 2017 verzichtete Heiner Garg auf seinen Sitz im Kieler Landtag.



Dr. Heiner Garg

Für ihn rückte Jan Marcus Rossa aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg als Abgeordneter nach. In der Jamaika-Koalition ist Heiner Garg als Minister und stellvertretender Ministerpräsident Teil der Landesregierung.

Wolfgang Kubicki

Wolfgang Kubicki wurde zu Beginn der 19. Wahlperiode zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und stand damit seit 1996 ununterbrochen an der Spitze der FDP-Landtagsfraktion. Kubicki gehörte zum zentralen Verhandlungsteam für den Jamaika-Koalitionsvertrag.



Wolfgang Kubicki

Im September 2017 zog die FDP in den Deutschen Bundestag ein und Kubicki erhielt ein Bundestagsmandat. Im Zuge des Wechsels nach Berlin legte Wolfgang Kubicki am 15. Dezember 2017 sein Abgeordnetenmandat für den Schleswig-Holsteinischen Landtag nieder. Jörg Hansen aus dem Kreis Ostholstein rückte für ihn nach. Neuer Fraktionschef wurde Christopher Vogt. Wolfgang Kubicki ist der FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein aber erhalten geblieben – als ihr Ehrenvorsitzender.

ZAHLEN UND FAKTEN

365

Anträge

17

Änderungsanträge

44

Gesetzentwürfe

184

Alternativanträge

14

Kleine Anfragen

**Zudem gab es sieben Sondersitzungen
im Zusammenhang mit den Maßnahmen
zur Coronapandemie**

Stichtag für die Zahlen: 02. Dezember 2021

Alle Initiativen finden Sie auf
unserer Website



IMPRESSUM

FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Telefon: (0431) 988-1480
E-Mail: info@fdp.ltsh.de

www.fdp-fraktion-sh.de

Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Christopher Vogt (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Eva Grimminger, Clarissa Leu, Sina Schmalfluss
Chefin vom Dienst: Clarissa Leu

Auflage: 2.500

Gesamtherstellung: S&T Digitale Medien GmbH,
Flottenstraße 4a, 13407 Berlin
www.st-berlin.de

Erschienen: Februar 2022

Bildnachweise (entsprechend AGB/Nutzungsbedingungen)

Texte, Bilder, Grafiken sowie Layout dieses Magazin unterliegen weltweitem Urheberrecht. Unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder kompletter Seiten werden sowohl straf- als auch zivilrechtlich verfolgt.

S. 1 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 7 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 8-9 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 10 kevajefimija/istockphoto.com, S. 11 (l.) Halfpoint/stock.adobe.com, S. 11 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 12 insta_photos/stock.adobe.com, S. 13 (u. l.) Gorodenkoff/stock.adobe.com, S. 13 (o. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 14 kasto/stock.adobe.com, S. 15 PANYA/adobe.stock.com, S. 16 (o.) Halfpoint/stock.adobe.com, S. 16 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 17 (o.) hedgehog94/adobe.stock.com, S. 17 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 18 ClarkandCompany/istockphoto.com, S. 18 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 19 Chaay_tee/adobe.stock.com, S. 20 (o. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 20 (u. l.) momius/stock.adobe.com, S. 20 (u. r.) panuwat/stock.adobe.com, S. 21 (o.) metamorworks/stock.adobe.com, S. 21 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 22-23 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 24 (o.) peter-schreiber.media/adobe.stock.com, S. 24 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 25 (o.) © Friesenrat Sektion Nord e.V., S. 25 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 26 gorodenkoff/istockphoto.com, S. 26 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 27 Halfpoint/stock.adobe.com, S. 28 (o.) william87/stock.adobe.com, S. 28 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 29 satura_/stock.adobe.com, S. 30 (o.) AA+W/stock.adobe.com, S. 30 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 31 fizkes/stock.adobe.com, S. 32 (o.) justhavealook/istockphoto.com, S. 32 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 33 Joerg Huettenhoelscher/stock.adobe.com, S. 33 domoyega/istockphoto.com, S. 34-35 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 36 (o.) Andrey Popov/stock.adobe.com, S. 36 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 37 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 38 powell83/stock.adobe.com, S. 40 (o.) fotostudioicolor24/stock.adobe.com, S. 40 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 41 spuno/stock.adobe.com, S. 42 (o. l.) Jakob Kamender/stock.adobe.com, S. 42 (o. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 43 (o.) Gorodenkoff/stock.adobe.com, S. 44 (o. r.) Alex from the Rock/stock.adobe.com, S. 44 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 45 fizkes/stock.adobe.com, S. 46-47 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 48 (o.) SolStock/istockphoto.com, S. 48 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 49 dima_sidelnikov/istockphoto.com, S. 50 (o.) dima_sidelnikov/istockphoto.com, S. 50 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 51 Monkey Busines/stock.adobe.com, S. 52 (o.) Kzenon/stock.adobe.com, S. 52 (u. r.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 53 Robert Kneschke/stock.adobe.com, S. 54 (u. l.) Peter Kensbock/stock.adobe.com, S. 54 (o. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 55 (o.) Gerckens-Photo-Hamburg/Shutterstock.com, S. 55 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 56 ericsan/stock.adobe.com, S. 56 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 58 Michael Piepgras/istockphoto.com, S. 58 (u. l.) © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 59 Adam Smigielski/istockphoto.com, S. 60-61 Marco2811/stock.adobe.com, S. 62-63 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 64 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, S. 65 © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Icons © FDP-Fraktion Schleswig-Holstein

Copyright © 2021 FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Kiel. Alle Rechte vorbehalten.

Haftungsausschluss: Dieses PDF enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Für diese fremden Inhalte können wir keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Sollten uns Rechtsverletzungen bekannt werden, werden wir die entsprechende Verlinkung umgehend entfernen. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

